Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Neubert. Druck u. Verlag: Auer Tageblatt u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Auer. Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 22.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.50 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 13.50 Mk., monatlich 4.50 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.40 Mk., monatlich 4.80 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Schwarzenberg 70 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamezeile für Auer und den Bezirk Schwarzenberg 200 Pfg., sonst 300 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler infolge Gesetz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 246. Freitag, den 22. Oktober 1920. 15. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Zwischen Landwirtschaft, Industrie und Technik wurde im Reichsministerium für Ernährung eine **Arbeitsgemeinschaft** ins Leben gerufen, die eine **Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion** unter Nutzbarmachung aller technischen und industriellen **Hilfsmittel zum Ziele hat.**

*

Nach neueren Meldungen sind trotz des Abtransportes verschiedener farbiger Truppenteile **noch etwa 42 000 Farbige in dem von den Franzosen besetzten Gebiet.**

*

In Koburg tagt gegenwärtig eine **Konferenz zur Beratung von Maßnahmen für den Preisabbau.**

*

Echo de Paris bespricht die Möglichkeit des **Rücktritts Lloyd Georges.** Lord Grey habe durchblicken lassen, daß er **eventuell das Präsidium übernehmen** werde.

Methodischer Wahnsinn.

Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Die Zerstörung der **Dieselmotoren**, die bereits angesetzt war, ist zwar unterblieben, sie ist in letzter Minute aufgeschoben worden, weil sich die Pariser Instanzen noch einmal mit der Frage befassen wollen. Es wäre aber grundfalsch und gefährlich, wenn die deutsche Oeffentlichkeit sich nunmehr in Sorglosigkeit wiegen wollte, denn wer die Art, **wie in Paris Entscheidungen gefällt werden, kennt,** — und wir in Deutschland **kennen** sie nun allgemach — der weiß, daß noch längst nicht alle Gefahr gebannt ist. Es ist unmöglich, den Friedensvertrag so auszulegen, wie er hier ausgelegt werden soll. Wegen der Wichtigkeit der Sache sei der betreffende Artikel, es ist der Artikel 199 in seinem Wortlaut wiedergegeben. Er lautet: Alle Gegenstände, Maschinen und Materialien, die beim Abbau der deutschen Kriegsschiffe aller Art, seien es Ueberwasserschiffe oder U-Boote, gewonnen werden, dürfen nur für rein industrielle oder Handelszwecke verwendet werden. Sie dürfen nicht an fremde Länder verkauft oder überlassen werden. Daraus geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß es sich nur um **beim Abbau gewonnene Motoren** handelt, die überhaupt irgendwelchen Beschränkungen nicht unterworfen sind, also keinesfalls wie von der Ententekommission vorgesehen, um **neu angefertigte** oder schon vorher anderweitig verwendete. Was aber noch wichtiger ist, die industrielle Verwertung dieser Motoren ist uns **ausdrücklich zugestanden** worden, und das gilt für alle beim Abbau gewonnenen Teile ehemaliger U-Boote, also auch für die Motoren. Weder von einer Vernichtung noch von einer Ablieferung irgendwelcher Teile ist an keiner Stelle der in Betracht kommenden Artikel überhaupt die Rede. In dieser Hinsicht ist die Unterredung bedeutsam, die Geheimrat **Deutsch** von der Leitung der Allgemeinen Elektrizitätswerke A.-G. kürzlich dem Berliner Vertreter der Neuen Züricher Zeitung gewährt hat, und in der er sagte, daß, wenn alles was in die Kriegsschiffe eingebaut werden könnte, zerstört werden sollte, dann werde von morgen ab die deutsche Industrie überhaupt nicht mehr arbeiten können, denn es gebe tatsächlich keinen Gegenstand vom Dieselmotor bis zur Glühlampe, vom Schreibtisch bis zum Nachttopf, der nicht in ein Kriegsschiff eingebaut werden **könnte.** Es handelt sich also nicht nur um den Schaden von 1½ Milliarden, der dem deutschen Volksvermögen zugefügt würde, sondern es handelt sich um viel mehr: wie die deutsche Industrie, die sowieso schon unter dem ungeheuren Kohlenmangel leidet, **ohne** die Dieselmotoren arbeiten sollte, bleibt ein Geheimnis der Entente. Wir können nur hoffen, daß der Wahnsinnsbazillus in Paris nicht noch weitere Opfer fordert, und daß man endlich wieder auf den Weg der Vernunft zurückkommt. Von der deutschen Regierung können wir aber in dieser Frage **fordern**, daß sie den unleugbaren und unbestreitbaren Rechtsstandpunkt bis zum letzten mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln **vertritt.**

Der Fall Hermes.

Es scheint, als ob gewisse Nebenerscheinungen des Parlamentarismus, die in anderen Staaten Europas und auch in Amerika verschiedentlich zutage getreten sind, auch bei uns sich bedauerlicherweise einbürgern. In Frankreich hat man in regelmäßigen Abständen immer neue Affären und daran könnte bei uns nach dem Fall Erzberger jetzt der Fall Hermes erinnern. Wie bekannt, hat die Mehrheitssozialdemokratie in Kassel, allerdings nur mit einer Zufallsmehrheit, einen Antrag angenommen, in Befolgung dessen die mehrheitssozialistische Reichstagsfraktion im gegebenen Zeitpunkt ein **Mißtrauensvotum** gegen den jetzigen dem Zentrum angehörigen Reichsernährungsminister Dr. Hermes einzubringen hätte und zwar mit dem ausgesprochenen Ziel, ihn schon **vor** der großen Auseinandersetzung über die Umbildung der Regierung von seinem Posten zu entfernen. Wie berichtet wird, soll nun die Reichstagsfraktion entschlossen sein, diesen Parteitagbeschluß wahrzumachen, obwohl in Kassel Leute wie Müller deutlich abwinkten und verlangt haben, daß man erwägen müsse, ob der Fall Hermes in der Tat **selbständig** und außer Zusammenhang mit den anderen politischen Fragen zur Diskussion gestellt werden könnte. Auf der anderen Seite hat das Zentrum bisher eine deutliche Neigung gezeigt, sich mit Dr. Hermes soweit wie möglich zu identifizieren. Als seinerzeit der beanstandete Ankauf von Automobilen und angeblich prunkvollen Möbeln für den Reichsernährungsminister viel besprochen wurde, wurde parteioffiziös vom Zentrum erklärt, man werde sich unter Umständen veranlaßt sehen, auch in anderen Ministerien Erhebungen darüber anzustellen, ob immer alle vermeidbaren Ausgaben wirklich vermieden worden seien und später hat die Zentrums-Parlamentskorrespondenz geschrieben, Dr. Hermes erscheine vorläufig als das Opfer einer gegen ihn gerichteten Hetze. Im gleichen Sinne ist ein Leitartikel der Germania vom Mittwoch gehalten, und das Zentrum geht zum Gegenangriff über, indem in der Germania gesagt wird, gerade die Mehrheitssozialdemokratie habe seit Jahr und Tag mehr als jede andere Partei Personenpolitik nach rein parteipolitischen Gesichtspunkten getrieben. Aus alledem scheint hervorzugehen, daß sich unter Umständen im Reichstag ein kräftiges Duell zwischen Sozialdemokratie und Zentrum entwickeln könnte, wenn die mehrheitssozialistische Reichstagsfraktion in der Tat gegen Dr. Hermes vorgeht. Aber auch in diesen Kreisen hat man das deutliche Bestreben erkennen lassen, erst den Sachverhalt genau zu prüfen. Es ist auch zu wünschen, daß in der Tat erst dann eine Aktion eingeleitet wird, wenn der Sachverhalt vollkommen klargestellt ist. Wir haben in Deutschland weder Veranlagung noch Neigung zu Affären.

Der Entwurf zur Aenderung des Besoldungsgesetzes.

Dem Reichstag ist jetzt die Begründung zum Entwurf eines Gesetzes über die Aenderung des Besoldungsgesetzes vom 30. April 1920 zugegangen. Darin heißt es: Nach Paragraph 32 Absatz 3 des Besoldungsgesetzes vom 30. April sind spätestens bis zum 31. Oktober die Besoldungsordnungen mit rückwirkender Kraft vom 1. April einer Nachprüfung zu unterziehen. Dieser Nachprüfung ist der Weg gewiesen durch drei Vorgänge, denen der Reichstag und die Beamtenkreise eine maßgebliche Bedeutung für die endgültige Gestaltung der Besoldungsordnung beimessen: Die Besoldungsordnungen der **Länder**, die Personalreform bei der **Reichspostverwaltung** und die bisher vorgenommenen **Einstufungen** in den Reichsdienst übernommener Länderbeamten in die Gruppe der Reichsbesoldungsordnung. Der Reichstag hat sich in einer Entschließung vom 2. August grundsätzlich damit einverstanden erklärt, daß bei der Nachprüfung der Reichsbesoldungsordnung die Folgerungen aus den Landesbesoldungsordnungen gezogen werden, hat aber hierzu eine Einschränkung gemacht, die eine unbedingte Voraussetzung für die Durchführung dieses Grundsatzes darstellt, indem er den Zusatz machte: soweit dies mit dem **einheitlichen** Aufbau der Reichsbesoldungsordnung vereinbar ist. Es kann sich also nur darum handeln,

eine gangbare Mittellinie

zu finden, die zugunsten der Reichsbeamten aber so gezogen ist, daß sie allen als berechtigt anzuerkennenden Forderungen Rechnung trägt. Im übrigen steht zu hoffen, daß es gelingen wird, die zwischen den Besoldungsordnungen des Reiches und der Länder bestehenden Unterschiede größtenteils durch **Sperrgesetz** zu beseitigen, dessen Entwurf die Reichsregierung einer Entschließung des Unterausschusses für Besoldungsfragen zufolge vorbereitet. Es schließen sich dann u. a. an: Die Personalreform bei der Reichspostverwaltung, die Einstufung der in den Reichsdienst übernommenen Landesbeamten, sowie die Aenderungen der Besoldungsordnungen im einzelnen.

Was die **Kosten** betrifft, so beträgt der jährliche Aufwand für die Besoldungen der Reichsbeamten nach dem Stande des Besoldungsgesetzes vom 30. 4. 1920

über 10 Milliarden.

Hierzu kommen bei Annahme des Regierungsentwurfs Neuausgaben im Betrage von jährlich mehr als 800 Millionen. Eine Deckung für diese Mehrkosten ist noch nicht vorhanden und es wird bei der außerordentlich ernsten Finanzlage des Reiches nicht leicht sein, sie zu finden. Jedenfalls erscheint es völlig ausgeschlossen, über den Regierungsentwurf hinaus Aenderungen in das Gesetz hineinzuarbeiten, die einen nennenswerten Mehraufwand verursachen würden.

Kleine politische Meldungen.

Die ersten Milchkühetransporte. Wie nunmehr durch eine **amtliche Mitteilung** bestätigt wird, sind die ersten 700 bis 1000 Milchkühe Mitte Oktober von Port Galveston nach Deutschland verladen worden. Das zugesagte Kraftfutter für vier Monate wurde dem Transport beigegeben. Die Verteilung der Kühe an die deutschen Großstädte soll durch den Zentralausschuß für die Auslandsdeutschen, dem auch Vertreter der Gewerkschaften und der Reichsregierung angehören, erfolgen.

126 Millionen für produktive Erwerbslosenfürsorge. Das Reichsamt für Arbeitsvermittlung veröffentlicht in dem in neuer Form erscheinenden Reichsarbeitsblatt eine **Denkschrift** über die Lage des **Arbeitsmarktes** in Deutschland. Daraus ist zu entnehmen, daß bisher aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge 126 Millionen bewilligt worden und damit 61 000 Erwerbslose auf die Dauer von vier bis fünf Monaten der Arbeitslosigkeit entzogen worden sind.

Die Rückgabe der Beutefahnen an Frankreich. Der Matin schreibt: Um die Rückgabe der französischen Fahnen, die die Deutschen im **Kriege 1870/71 erbeutet** haben, zu erwirken, da diese Fahnen am Tage der 50-Jahr-Feier der Republik in Paris sein sollen, hat der Ministerpräsident den General Sequester zur Regelung dieser Frage nach Berlin gesandt, der dort von einem Sachverständigen des Kriegsministeriums unterstützt werden soll.

Polen geht aufs Ganze. Die schweizerische Presse besagt und bestätigt aus Paris: Die Presse bespricht den Besuch des polnischen Gesandten bei Präsident Millerand als **politisch bedeutungsvoll.** Die ihrer Entscheidung zutreibende **oberschlesische Frage**, sowie die russischen Vorbereitungen für die Wiederaufnahme des Kampfes lassen die Frage eines engeren Bündnisses Polens an Frankreich als wünschenswert erscheinen. Der Temps behandelt die **Verschiebung der Abstimmung in Oberschlesien** bereits als eine feststehende Tatsache, obwohl, wie das Blatt selbst schreibt, die Entscheidung der Botschafterkonferenz noch aussteht.

Adolf Hoffmann in der Moskauer Exekutive. Als deutsches Mitglied soll auf Grund der in Halle ausgesprochenen Einladung Sinowjews, **Adolf Hoffmann** in die Exekutive der dritten Internationale delegiert werden. Er wird sich voraussichtlich in etwa drei Wochen nach Moskau begeben.

Drohende Hungerrevolte in Rußland. Svenska Dagbladet meldet aus Helsingfors: Aus Furcht vor Hungerrevolten hat die Sowjetregierung über 13 **Bezirke** von Sowjetrußland den **Belagerungszustand** erklärt, darunter die Bezirke Petersburg, Moskau, Nischninowgorod und Smolensk.

Einstellung der russisch-polnischen Feindseligkeiten. Der amtliche polnische Heeresbericht vom 20. Okt. besagt u. a.: Am 19. Okt. um 20 Uhr (8 Uhr abend europäische Zeit) ist die **Einstellung der Feindseligkeiten erfolgt.** Auf dem südlichen Abschnitt verhielt sich der Feind bis zum letzten Augenblick aktiv, indem er andauernd versuchte, uns aus dem besetzten Gebiet zu verdrängen. Damit hat nun der **Krieg** zwischen Rußland und Polen gemäß dem Abkommen von Riga tatsächlich sein **Ende erreicht.**

Die Streikwirkung auf die englische Industrie. Der Streik in der englischen Kohlenindustrie hat weitere bedeutende **Stillegungen** von großen Industrieunternehmungen hervorgerufen. Dadurch ist die **Arbeitslosigkeit** gestiegen. Nicht nur die Eisengießereien sind dadurch betroffen, sondern auch die großen **Webereien** in Manchester. Auch in Birmingham erfolgte wegen Kohlenmangels eine Schließung der Betriebe, wodurch ebenfalls etwa 80 000 Mann ohne Arbeit sind.

Wachsende Regierungskrise in Italien. Der Secolo und der Corriere della Sera bringen neue Andeutungen über die wachsende Regierungskrise. Die Verhandlungen Giolittis mit den Präfekten der oberitalienischen Provinzen erwiesen den vollen Ernst der Lage im **Industriegebiet**, wo die **umstürzlerische Bewegung Fortschritte** macht. Der Corriere d'Italia schreibt hierzu, nur eine **Diktatur** könne heute Italien vor dem drohenden Kommunismus retten.

Die Krise in Griechenland. Aus Athen wird gemeldet: Das griechische Kabinett trat in Anbetracht des Gesundheitszustandes König Alexanders zu einer Sondersitzung zusammen und beschloß, das frühere Kabinett wieder einzuberufen zwecks **Ernennung eines Regenten.** Einer Genfer Meldung der Preß-Information zufolge hat **König Konstantin** formell die Versicherung abgegeben, daß er im Falle des Ablebens seines Sohnes **nicht beabsichtige**, nach Griechenland zurückzukehren.

Sächsische Volkskammer.

Zur Beratung stand gestern zunächst eine Denkschrift der Regierung über die Uebernahme der vormaligen **Kadettenanstalt** und jetzigen Landesschule Dresden in den Geschäftsbereich des Unterrichtsministeriums. Die Vorlage wurde dem Haushaltausschuß A überwiesen. Zur Regierungsvorlage über die Verbesserung der technischen Einrichtungen des

Staatsbades Elster

führte der Minister des Innern **Kühn** aus, daß der schlechte Gesundheitszustand der Bevölkerung Veranlassung zu der Vorlage gegeben habe. Die Ausgestaltung Elsters zu einem **Volksbad** sei besonders auf der in diesem Jahre durch die Volkskammerabgeordneten vorgenommenen Besichtigung allgemein gefordert worden. Der in der Vorlage geforderte Ausbau sei nötig, um das Bad an sich leistungsfähig zu erhalten. Besonders gälte dies für die Moorbäder, von denen jährlich rund 50 000 gebraucht würden. Auch die Beförderungsgelegenheit vom Bahnhof nach dem Orte sei gegenwärtig absolut unzureichend. Ein großer Teil der für die Bahn zu leistenden Arbeiten könne mit Hilfe der produktiven Erwerbslosenfürsorge bewirkt werden. Die Vorlage wurde nach kurzer Aussprache dem Haushaltausschuß B überwiesen.

Abg. **Stiller** (deutschnat.) begründete hierauf seine Anfrage an die Regierung über den

Schutz der Elbgrenze,

die durch die Auswirkung des schmachvollen Vertrages von Versailles auf das ärgste gefährdet sei. Ministerialdirektor Dr. **Klien** beantwortete die Anfrage. Die sächsische Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß sie **nicht zur Abtretung von Schiffen verpflichtet** sei, da sich die Verhältnisse auf der Elbe nicht geändert hätten. Die Tschecho-Slowakei sei anderer Ansicht. Wir müßten auf den **Schiedsspruch des amerikanischen Schiedsrichters** warten. Sie sei in der internationalen Elbekommission mit drei Mitgliedern vertreten. Die Elbekommission werde wahrscheinlich ihre nächste Sitzung in Dresden abhalten. In letzter Zeit